

# Antrag auf Übernahme von Ausfallbürgschaften

- im vereinfachten Verfahren**  
(Verbürgungsgrad max. 40%) - Bürgschaftshöchstbetrag EUR 250.000,-
- im normalen Verfahren**  
 klassische Existenzgründungen  70 %  80 %  
 Kontokorrent-/Avalkredite  60 %  80 % - Bürgschaftshöchstbetrag EUR 1.250.000,-
- Kombi-Produkt** € \_\_\_\_\_ Finanzierungsbedarf (75% Kredit + 25% Beteiligung)

**Hinweis:**

Mit Beantragung des Kombi-Produktes beantragt der Kreditnehmer gleichzeitig (gemäß Anlage 1) eine Beteiligung der Bremer Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH (BUG) in Höhe von 25 % des Finanzierungsvolumens. Der endgültige Vertrag über die stille Beteiligung wird nach Genehmigung direkt zwischen der BUG und dem antragstellenden Kredit-/ Beteiligungsnnehmer geschlossen.

## 1. Antragsteller

<b>Name/Unternehmen:</b>	
<b>Geschäftsgegenstand:</b>	
<b>Privatanschrift</b> (PLZ, Ort, Straße):	☞
<b>Betriebsanschrift</b> (PLZ, Ort, Straße):	☞
<b>Investitionsort</b> (falls abweichend):	

**Arbeitsplätze** (einschl. Antragsteller) bestehende \_\_\_\_\_ zusätzlich neue \_\_\_\_\_

**Gründungsdatum:** \_\_\_\_\_ **Eintragung in die Handwerksrolle:** \_\_\_\_\_

## 2. Persönliche Verhältnisse

(Inhaber/sämtliche Gesellschafter)

Name, Vorname, Geb.-Datum, bisherige Tätigkeit	Bet. am Untern.
	%
	%
	%

## 3. Selbstauskunft

(Antragsteller/Ehepartner sowie ggf. aller Geschäftsführer und Gesellschafter gemäß gesonderter Anlage)

## 4. Art des Vorhabens

(Vorhabensbeschreibung gemäß gesonderter Anlage)

- klassische Existenzgründung
- Übernahme
- 

## 5. Mittelbedarf (ohne MwSt.)

TEUR

## Finanzierung

TEUR

Grundstücks-/Baukosten	_____	Barkapital	_____
Firmenwert	_____	Eigenleistungen	_____
Maschinen	_____	Programmkredit	_____
Inventar	_____	Programmkredit	_____
Fahrzeuge	_____	Hausbank-Darlehen	_____
Warenlager	_____	Sonstige Darlehen	_____
Avale	_____	Avalkredit	_____
Betriebsmittel	_____	Kontokorrentkredit	_____
<b>Gesamt</b>	<b>_____</b>	<b>Gesamt</b>	<b>_____</b>

## 6. Zu verbürgende Kredite

Hiermit beantragen(n) ich/wir, nachstehenden Kreditbedarf mit einer Ausfallbürgschaft zu unterlegen:

	Kreditart	Kreditsumme	Bürgschaftsbetrag (max. 80 %)	Laufzeit des Kredites
1.				
2.				
3.				
4.				

## 7. Sicherheitenvorschlag für die zu verbürgenden Kredite

nominal (TEU)	Art der Sicherheit

## 8. Weitere bestehende Kredite (betrieblich)

derzeitiger Saldo (TEU)	Kreditgeber	Rest- laufzeit	Kapitaldienst p.a. (TEU)	Sicherstellung

## 9. Erklärung des Kreditnehmers

- a.) Ich/Wir versicher(e)n die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben. Die mir/uns bekannten Garantierichtlinien werden von mir/uns anerkannt. Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass von mir/uns eingereichte Unterlagen an Bewilligungsverfahren beteiligte Stellen weitergegeben werden. Der beantragten Bürgschaften liegen Subventionen des Bundes und des Landes Bremen zugrunde. Sie sollen gewährt werden, um die Schaffung oder Sicherung nachhaltig wettbewerbsfähiger selbständiger Existenzen (gemäß KMU-Definition) zu ermöglichen. Ich bin/Wir sind darüber unterrichtet, dass die von mir/uns zu den Ziffern 1.-9. gemachten Angaben zu diesem Antrag subventionserheblich im Sinne § 264 StGB sind.
- b.) Ich/ wir erkläre(n) zur Überprüfung der EU-Beihilferegularien, innerhalb der letzten drei Kalenderjahre
- keine  
 die in der Anlage erläuterten
- „de-minimis“-Beihilfen erhalten bzw. beantragt zu haben.
- c.) Sämtliche Verbindlichkeiten meines/unseren Unternehmens sind im Antragsvordruck oder auf einem Beiblatt aufgeführt. Zwangsmaßnahmen (insbesondere Zwangsvollstreckungen, eidesstattliche Versicherungen, Insolvenz-, Konkurs- oder Vergleichsverfahren und - in den letzten 12 Monaten - Mahnbescheide und Wechselproteste) sind nicht vorgekommen oder auf einem Beiblatt angegeben.
- d.) Die Hausbank wird von ihrer Schweigepflicht gegenüber den Subventionsgebern und deren Prüfungsbehörden entbunden. Mir/Uns ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB bekannt. Ich bin/Wir sind darüber informiert, dass sich die Bürgschaftsbank Bremen GmbH der elektronischen Datenverarbeitung bedient (§33 BDSG).
- e.) Die Bürgschaftsbank verarbeitet bzw. verwendet die von mir/uns zur Verfügung gestellten Personen – und Sachdaten (Daten) zum Zweck der Anfrage/Antragsbearbeitung, der Bürgschaftsverwaltung und –abwicklung, der statistischen Auswertung und, einschließlich der Adressdaten, zur Erstellung und Weiterentwicklung eines Scorings/Ratings. Soweit sie sich im Rahmen einer Auftragsdatenverarbeitung externer Dienstleistungsunternehmen bedient (z. B für EDV-Dienstleistung, Scoring/Rating-Systeme), dürfen diese etwaigen Daten nur nach Weisung der Bürgschaftsbank zu den oben genannten Zwecken verarbeiten. Die Bürgschaftsbank ist berechtigt, bei Vertragseingehung Bonitätsdaten bei Dritten und Stellungnahmen von im Bürgschaftsverfahren beteiligten Stellen (z.B. Hausbank, Kammern, Verbände, Behörden des Bundes/Landes) einzuholen und zu speichern und den im Bürgschaftsverfahren beteiligten Stellen Daten im Rahmen der Anfrage/Antragsbearbeitung und Bürgschaftsverwaltung sowie diesbezügliche Entscheidungen zu übermitteln.
- f.) Ich/Wir gestatte(n) unwiderruflich, dass der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen Einsicht in die Steuerakten beim Finanzamt bis zur endgültigen Abwicklung des Bürgschaftsengagements nimmt, wenn er dies für erforderlich hält. Im Falle der drohenden Inanspruchnahme aus der Bürgschaft ist der Senator für Finanzen berechtigt, dem Kreditgeber und der Bürgschaftsbank Bremen GmbH zweckdienliche Angaben aus den Steuerakten zu machen.
- g.) Der Kreditnehmer ermächtigt die Bürgschaftsbank Bremen GmbH, die Bearbeitungsgebühr und die jeweils fällige Bürgschaftsprovision (unter [www.buergschaftsbank-bremen.de](http://www.buergschaftsbank-bremen.de) abrufbar) durch Lastschrift vom folgenden Konto einzuziehen:

Kreditinstitut \_\_\_\_\_ Kontonummer \_\_\_\_\_  
Kontoinhaber \_\_\_\_\_ Bankleitzahl \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift des Kreditnehmers

## 10. Erklärung des Kreditinstituts

Wir sind bereit unter Anerkennung der Bürgschaftsrichtlinien der Bürgschaftsbank Bremen GmbH die beantragte Finanzierung von insgesamt TEU \_\_\_\_\_ zu den genannten Konditionen zu gewähren, sofern hierfür die beantragten Ausfallbürgschaften übernommen werden. Wir bestätigen, dass die zu verbürgenden Kredite bisher nicht in Anspruch genommen wurden. Auch wir geben die in Ziffer 9 a dieses Vordruckes enthaltene Erklärung ab. Wir verpflichten uns, Sie unverzüglich zu unterrichten, wenn sich bis zur Aushändigung der Bürgschaftsurkunde Änderungen bezüglich der in diesem Antrag und nachträglich gemachten Angaben ergeben.

---

Ort, Datum

---

Stempel und Unterschrift  
des Kreditinstituts

### Anlagen

- Erklärung über bereits erhaltene bzw. beantragte Beihilfen
- Kreditvorlage/Stellungnahme des Kreditinstituts
- Rating-Bericht des Kreditinstitutes vom Antragsteller
- Vorhabensbeschreibung/Unternehmenskonzept
- Investitions- und Finanzierungsplan
- Lebenslauf des Kreditnehmers/Gesellschafters
- Umsatz- und Ertragsvorschau
- Liquiditätsplan
- Selbstauskunft

soweit zur Kreditbeurteilung erforderlich, zusätzlich

- vollständiger Jahresabschluss der letzten 3 Geschäftsjahre (einschließlich verbundener Unternehmen)
- BWA-Zahlen zum laufenden Geschäftsjahr
- Übernahme- / Franchise- / Kaufverträge
- Miet- / Leasing- / Lizenzverträge
- Gesellschaftsvertrag
- Ratingbogen
- Anlage 1

## Erklärung über bereits erhaltene bzw. beantragte Beihilfen

im Sinne der EU-Gruppenfreistellungsverordnung für De-minimis-Beihilfen

**Antragsteller:** \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

**Investitionsanschrift:** \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Ist das Unternehmen im Bereich des Straßentransportsektors tätig?  ja  nein

Hiermit bestätige ich, dass ich bzw. das Unternehmen

\_\_\_\_\_

vollständiger Name des Unternehmens

im laufenden Kalenderjahr\* sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren

- keine  
 folgende

De-minimis-Beihilfen<sup>1</sup> im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der EU L 379 vom 28. Dezember 2006 bzw. der Verordnung (EG) Nr. 69/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen veröffentlicht im Amtsblatt der EU L 10 vom 13. Januar 2001, erhalten habe:

Datum Bescheid/Vertrag	Zuwendungsgeber	Aktenzeichen	Fördersumme EUR	Subventionswert EUR

\* In Deutschland entspricht das Kalenderjahr dem Steuerjahr

<sup>1</sup> Wie hoch die Summe der Beträge der von Ihnen bereits erhaltenen De-minimis-Beihilfen ist, können Sie den in dem betreffenden Zeitraum erhaltenen De-minimis-Bescheinigungen in der Anlage zu den Zuwendungsbescheiden entnehmen. Für De-minimis-Beihilfen besteht die Verpflichtung zur gesonderten Nennung des Subventionswertes.

Mit der Bürgschaft erhalten Sie eine Beihilfe i. S. des EU-Beihilferechts.

Das Beihilferecht erlaubt die Vergabe von Beihilfen an Unternehmen in engen Grenzen nach verschiedenen Regelungen (z.B. De-minimis, Regionalleitlinien). Jede Regelung bestimmt in Abhängigkeit von z.B. der Größe des Unternehmens oder der Lage des Investitionsvorhabens eine Obergrenze für gewährte Beihilfen für ein bestimmtes Vorhaben. Erhält ein Unternehmen für dasselbe Investitionsvorhaben mehrere Beihilfen von mehreren Beihilfe gewährenden Stellen (z.B. Zuschüsse, Bürgschaften, Förderdarlehen), so muss sichergestellt werden, dass bei Addition aller gewährten Beihilfen (Kumulierung) die gemäß den EU-Beihilferegelungen zulässige Beihilfeobergrenze nicht überschritten wird. Der maximal zulässige Gesamtbetrag der De-minimis-Beihilfen beträgt innerhalb von drei Kalenderjahren

€ 200.000 bzw. € 100.000 bei Unternehmen, die im Bereich des Straßentransportsektors tätig sind. Falls ein Unternehmen unter mehreren Regelungen Beihilfen für dasselbe Investitionsvorhaben mit jeweils unterschiedlichen Beihilfeobergrenzen erhält, so gilt die jeweils höchste Obergrenze.

Die Höhe der gewährten Beihilfen (Subventionswerte), die zugrunde liegenden Beihilferegelungen und die diesbezüglich geltende Beihilfeobergrenze erhält der Endkreditnehmer von der jeweiligen Beihilfe gewährenden Stelle.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie, folgende Erklärung abzugeben:

Hiermit bestätige ich, dass ich bzw. das Unternehmen für das im Bürgschaftsantrag genannte Investitionsvorhaben

- keine weiteren Beihilfen erhalten bzw. beantragt habe/hat.
- weitere Beihilfen anderer Fördermittelgeber für dasselbe Investitionsvorhaben erhalten bzw. beantragt habe/hat. Ich versichere, dass alle für das Investitionsvorhaben erhaltenen/beantragten Beihilfen unter Berücksichtigung des Subventionswertes der Bürgschaft und der Subventionswerte der anderen Beihilfegeber für das in der Zusage genannte Investitionsvorhaben die höchstzulässige Beihilfeobergrenze nicht überschreiten. Im Falle einer Überschreitung der zulässigen Beihilfeobergrenze aufgrund der Gewährung mehrerer Beihilfen verpflichte ich mich, die zu viel gewährten Beihilfen unverzüglich zurückzuzahlen.

Mir ist bekannt, dass vorstehende Angaben subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB in Verbindung mit § 3 Subventionengesetz sind. Ich verpflichte mich, Ihnen Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sofern sie mir vor der Zusage für die hier beantragten Darlehen / Mittel bekannt werden.

---

Ort, Datum

---

rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers